

Noch immer wird die Debatte um Nachhaltigkeit vor allem auf die globalen ökologischen Herausforderungen beschränkt. Dass sich nachhaltiges Handeln jedoch nur dann zu einem erfolgversprechenden Zukunftsmodell entwickeln kann, wenn Ökonomie gemeinsam mit Kultur, Bildung und Ethik gedacht wird, erläutert **Ulle Schauws**, MdB, Sprecherin für Kultur- und Frauenpolitik der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen.



Kulturpolitik als Eckpfeiler

Das Thema Nachhaltigkeit ist in den letzten Jahren zu einer intensiven wissenschaftlichen, politischen und auch kulturellen Debatte geworden. Hierbei ist die Auseinandersetzung über folgende Fragen zentral: Wie wollen wir wirtschaften, arbeiten und leben und welche Lebensqualität, welches Lebensgefühl wünschen wir uns?

Eigentlich Fragen, die uns alle betreffen. Und trotzdem ist der Diskurs zur Nachhaltigkeit bislang kein allgemein anerkanntes und breit diskutiertes gesellschaftliches Thema. Warum?

Noch immer wird das Thema Nachhaltigkeit im Wesentlichen auf den Bereich des Umweltschutzes und die Auseinandersetzung mit den globalen ökologischen Herausforderungen beschränkt. Zweifelsohne ist dieser Bereich einer derer, der wesentlich zu der Beschäftigung mit diesem Thema gehört. Aber was ist mit anderen Entwicklungen wie der Entsolidarisierung der Gesellschaft oder der Reduzierung von kultureller Vielfalt? Auch diese Bereiche müssen wir beleuchten, wenn es um die Entwicklung einer nachhaltigen Programmatik geht. Nur wenn Ökonomie gemeinsam mit anderen Feldern wie Kultur, Bildung und Ethik gedacht wird, kann sich Nachhaltigkeit zu einem erfolgsversprechenden Zukunftsmodell entwickeln.

Kultur ist mehr als ein Wirtschaftsgut, sie ist notwendiger Teil der Daseinsvorsorge.

Ein Eckpfeiler für eine nachhaltige Entwicklung ist die Kulturpolitik. Kultur ist mehr als ein Wirtschaftsgut, sie ist notwendiger Teil der Daseinsvorsorge. Der kulturelle Reichtum in unserem Land fordert uns auf, jede Art von Kunst und Kultur zu fördern. Dazu gehört der Mut, finanzielle Mittel auch kleinen Initiativen zur Verfügung zu stellen. Die Soziokultur spielt dabei für die Vielfalt eine entscheidende Rolle. In der soziokulturellen Arbeit vereinen sich kulturelle und politische Bildungsarbeit genauso wie Sozial- und Integrationsarbeit. Projekte mit Kindern und Jugendlichen stehen gleichberechtigt neben der Arbeit mit SeniorInnen. Diese gesellschaftliche Anerkennung steht leider immer noch im Widerspruch zur Förderpraxis. Als grüne Bundestagsfraktion setzen wir uns daher kontinuierlich für eine finanzielle Stärkung der soziokulturellen Arbeit ein.

Wie fragil das System zum Schutz der kulturellen Vielfalt darüber hinaus ist, zeigt aktuell die Auseinandersetzung zum geplanten Freihandelsabkommen zwischen Europa und den USA (TTIP). Obwohl sich Deutschland und die EU durch die Unterzeichnung einer UN-Konvention zum Schutz und zur Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen bekannt haben und den Grundsätzen dieser Konvention verpflichtet sind, führen wir eine harsche Auseinandersetzung über Ausnahmen in den Bereichen audiovisuelle Medien und Kultur. Von grüner Seite haben wir uns hier von Anfang an für eine Ausnahme ausgesprochen. Nur so können Kulturförderinstrumente wie der ermäßigte Mehrwertsteuersatz für Kulturgüter oder die Buchpreisbindung geschützt und die kulturelle Vielfalt, auf die wir in Deutschland zu recht sehr stolz sind, erhalten werden.

Zu dieser Vielfalt gehören allerdings nach unserer Meinung, fernab der TTIP-Debatte, nicht allein die Auswahlmöglichkeiten aus einem möglichst breiten Angebot. Vielfalt heißt auch, die Unterschiedlichkeit in der Kultur zu fördern. Kunst gewinnt durch die unterschiedlichen Perspektiven derer, die sie machen. Darum gehört zum Schutz der kulturellen Vielfalt beispielsweise auch, dass Frauen in allen Bereichen der Kunst und Kultur selbstverständlicher Teil sind, genauso wie Männer. Das ist bislang ein Problem. 2014 sind weder Bezahlung, Arbeit oder Macht bei den ca. einer Million Erwerbstätigen in der Kultur- und Kreativwirtschaft gerecht verteilt. Frauen haben hier nach wie vor das Nachsehen. Darum ist die Bundesregierung im Sinne einer nachhaltigen Kulturpolitik aufgefordert, die Förderung der tatsächlichen Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern auch im Kulturbetrieb zu gewährleisten (vgl. den Antrag 18/2881 der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen „Grundlagen für Gleichstellung im Kulturbetrieb schaffen“).

Der Reichtum unserer Kultur lebt nicht zuletzt vor allem von den Menschen, die Kultur gestalten. Eine nachhaltige Kulturpolitik muss daher die wirtschaftlichen Ängste und Nöte vieler Kulturschaffender ernst nehmen und Lösungsmöglichkeiten für die bestehenden Probleme entwickeln. Die soziale Absicherung von Kulturschaffenden weiter zu verbessern, Zugang zu Arbeitslosengeld I oder ein Anspruch auf Krankengeld ab dem ersten Tag der Krankheit sind hierfür konkrete Vorschläge. Aber es bleibt auch hier noch viel zu tun! ■